

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 866 846 pbbn d

Inhalt

Siegfried Bleicher zur Programmdiskussion der SPD: Die Chance für einen mutigen Zukunftsentwurf nutzen.

Seite 1

Katrin Fuchs MdB zur Wörner-Aussage, es gebe keine Überlegungen, das Projekt Jäger 90 aufzugeben: Ein Dementi, das sich selbst dementiert.

Seite 4

Dieter Rogalla MdEP zur Situation an den EG-Grenzen: Kontrollen wie eh und je.

Seite 5

Dokumentation
Der SPD-Vorsitzende des Saarlandes, Ministerpräsident Oskar Lafontaine, reagierte ironisch auf die FDP-Forderung nach einer Fernseh-Diskussion. Wortlaut der von ihm veranlaßten Antwort

Seite 6

42. Jahrgang / 130

14. Juli 1987

Die Chance für einen mutigen Zukunftsentwurf nutzen

Einige Anmerkungen zur Programmdiskussion der SPD

Von Siegfried Bleicher
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

Die Bundesrepublik befindet sich in einer historischen Umbruchphase, in der die SPD den Mut aufbringen muß, ihr Zukunftsprogramm konsequent an den Interessen der Arbeitnehmer zu orientieren.

Die SPD darf die Chance der Neubesinnung auf die zukünftige Gestaltung unserer Gesellschaft nicht versäumen oder nur halbherzig angehen.

Weder die Konservativen noch die Alternativen haben glaubwürdige und realistische Programme, wie es wirtschaftlich, technologisch, sozial und politisch im Interesse der Arbeitnehmer und ihrer Familien weitergehen soll. Auch von der Wissenschaft ist keine Orientierung zu erwarten.

Wir werden dieses Problem nicht dadurch lösen, daß wir uns der politisch Rechten in diesem Lande annähern - möglicherweise sogar mit der politischen Option einer großen Koalition. Genauso wenig dürfen wir uns nicht in der idealistischen Wunschwelt der Alternativen verlieren.

Unsere Aufgabe muß und kann nur sein, und darin sehe ich den grundsätzlichen Stellenwert der Programmdiskussion, unsere politische Autonomie und ein eigenständiges sozialdemokratisches Profil zurückzuerobern.

Dies bedeutet, den demokratischen Sozialismus jenseits von alten und versteinerten historischen Traditionen und Dogmen aber auch jenseits von politisch aktuellen Modeströmungen und Faszinationen zu rekonstruieren. Dabei dürfen und brauchen wir nicht ängstlich darauf schauen, was die Menschen wollen, um zu wissen, was wir tun müssen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kernjagze-Umsatz
mit wertvollem Recycling-Papier



Denn dann brauchen wir keine Programmdiskussion, sondern dann sollten wir eine Repräsentativumfrage des Instituts für angewandte Sozialwissenschaft in Bad Godesberg in Auftrag geben. Ein Programm für eine bessere Zukunft muß dagegen mutig aufzeigen, was wir tun müssen, wenn wir noch etwas in dieser Geschichte und von dieser Geschichte wollen.

Die SPD muß deshalb die Kraft aufbringen, ihre Visionen von einer humanen Gesellschaft, die Vollbeschäftigung, Chancengleichheit und Demokratisierung in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft vereint, den Bürgern deutlich zu machen.

Ich sehe dabei den Grund für das Fehlen einer populären sozialdemokratischen Utopie auch in einem historischen Gedächtnisverlust der Menschen, den wir mit gefördert haben. So haben es die Sozialdemokraten und Gewerkschaften versäumt, den von uns erkämpften sozialen Fortschritt in einfache Formen und symbolhafte Begriffe zu fassen, die sich den Menschen einprägen und die untrennbar mit uns verbunden und identifiziert werden können.

Ich nenne dafür beispielhaft die Arbeitszeit, den 30-Tage-Urlaub, das Einkommensniveau, die Arbeitnehmerrechte und die sozialen Leistungen, die allesamt als natürliche geschichtslose und selbstverständliche Bedingungen unserer Gesellschaft erscheinen.

Durch dieses Versäumnis wird auch der brutale Angriff konservativer und reaktionärer Kreise auf den Sozialstaat, die politischen Rechte und die materiellen Lebensbedingungen von vielen Bürgern und Arbeitnehmern so widerstandslos hingenommen.

Darüber hinaus sind die sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Fortschrittsbegriffe, wie Individualität, Flexibilität, Freiheit, Humanität und technischer Fortschritt von den Konservativen systematisch enteignet und mit deren Inhalten gefüllt worden.

Im Mittelpunkt einer sozialdemokratischen Reformpolitik müßten drei wesentliche Punkte stehen:

- Die Verwirklichung des Rechts auf Arbeit,
- die qualitative Veränderung der Arbeit und ihre Humanisierung, damit sie zum Mittelpunkt eines menschenwürdigen Lebens werden kann und
- der Abbau der bestehenden industriellen Herrschaftsstrukturen.

Dabei kommt der SPD eine große Verantwortung zu. Keine Partei ist aufgrund ihrer Geschichte und ihrer Traditionen berufener, die Zukunft der modernen Industriearbeit mitzugestalten und zu beeinflussen, und keine andere Partei hat eine solche historische Legitimation, die „Partei der Arbeit“ in der modernen Industriegesellschaft zu sein, wie dies bei der Sozialdemokratischen Partei der Fall ist.

Notwendig ist deshalb eine grundlegende Umorientierung des wirtschaftlichen Selbstverständnisses. Eine der reichsten Nationen der Welt darf nicht länger akzeptieren, daß Millionen von Menschen bei der ständigen Modernisierung und strukturellen Veränderung einer Überflußgesellschaft auf der Strecke bleiben.

Arbeitslosigkeit - dies ist vielleicht das qualitativ neue an ihr - ist weniger denn je die Folge einer volkswirtschaftlichen Mangelsituation, sondern das Ergebnis einer Politik, die sich einseitig an den Interessen einer wirtschaftlichen Macht und Herrschaftselite orientiert.

Nur, wenn der sozialdemokratische Sozialstaat in einen wirtschaftlichen Interventionsstaat ausgeweitet wird, kann Vollbeschäftigung auf Dauer erreicht werden. Dies gilt insbesondere für die Frage der

Arbeitszeit, der öffentlichen Investitionen und der staatlichen Forschungs- und Subventionspolitik.

Bei der Humanisierung der Arbeit verspreche ich mir von einem menschlichen Technikeinsatz Möglichkeiten für mehr Gleichberechtigung, Höherqualifizierung, Selbstverwirklichung und Enthierarchisierung, sofern durch massives politisches Handeln darauf Einfluß genommen wird. Deshalb ist umgehend die Demokratisierung der Wirtschaft erforderlich. Hinter den Werkstoren dürfen die politischen Grundwerte und humanen Ideale der Demokratie nicht länger eine Einschränkung ihrer Verbindlichkeit erfahren.

Denn ohne Wirtschaftsdemokratie besitzt die politische Demokratie nicht die stabile Grundlage, die auf Dauer unverzichtbar ist. Die Politik der Konservativen wird, immer darauf bedacht sein, die alten wirtschaftlichen und politischen Macht- und Kräfteverhältnisse zu stabilisieren. Sie wird immer die Politik der Manipulation, der Erzeugung von Illusionen und der Nahrung falscher Hoffnungen sein.

Die modernen demokratischen Industriegesellschaften haben auf Dauer keine legitime Zukunftsperspektive, ja, sie verlieren auf Dauer ihre politische Glaubwürdigkeit, wenn es ihnen nicht gelingt, den Widerspruch zwischen der politischen Demokratie und dem industriellen Absolutismus aufzuheben.

Eine Wirtschaftsdemokratie, die eine gleichberechtigte Beteiligung der Arbeitnehmer auf allen Ebenen und an allen wichtigen Entscheidungen vorsieht, ist aus gewerkschaftlicher Sicht ein wichtiger Schritt zu einer solchen Beteiligungsdemokratie der Zukunft.

Ich bin mir bewußt, daß ich mit diesen umfassenden Mitbestimmungsvorstellungen, in denen auch die Wirtschafts- und Sozialräte einen wesentlichen Bestandteil darstellen, einen in der Sozialdemokratischen Partei nicht unstrittigen Komplex anspreche. Aber, soviel scheint mir sicher, wer auf eine gezielte Ausweitung der Beteiligung der Arbeitnehmer und auf die grundlegende Demokratisierung wirtschaftlicher und unternehmerischer Entscheidungsprozesse verzichtet, der muß sich darüber im Klaren sein, daß er auch auf die objektiven Chancen der qualitativen Gestaltung der Prozesse von Technik-Planung und Technik-Einsatz verzichtet.

Wir haben gegenwärtig nicht die politischen Mehrheiten und die politische Macht zur Gestaltung dieser Prozesse in diesem Land. Doch die SPD hat die Chance, dem konservativen Modell der modernen Konkurrenz- und Ellenbogengesellschaft ihr Modell einer auf Solidarität beruhenden menschenwürdigen Zukunftsgesellschaft entgegenzusetzen.

Wir haben die Chance, für eine Gesellschaft einzutreten, in der ein junger Mensch seine persönlichen Fähigkeiten entwickeln und seine Neigungen verwirklichen kann, in der ein erwachsener Mensch selbstbewußt arbeiten und menschenwürdig leben kann und in der ein alter Mensch mit Anstand seinen Lebensabend verbringen kann. Mehr wollen wir nicht, aber auch nicht weniger.

(-/14.7.1987/rs/ks)

* * *

* Dieser Artikel faßt Gedanken zusammen, die Siegfried Bleicher am 4. Juli auf der SPD-Bezirkskonferenz Südbayern in einer Rede vorgetragen hat. Diese Rede kann beim Vorstand der IG Metall, Wilhelm-Leuschner-Straße 79-85, 6000 Frankfurt/Main, angefordert werden.

Ein Dementi, das sich selbst dementiert

Zur Wörner-Aussage, es gebe keine Überlegungen, das Projekt Jäger 90 aufzugeben

Von Katrin Fuchs MdB
Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

Verteidigungsminister Wörner bereicherte die Stilblütensammlung regierungsoffizieller Verlautbarungen um eine neue Variante: das Dementi, das sich selbst dementiert.

Zum Hintergrund: Nach der Rüstungsplanungskonferenz auf der Hardthöhe am 7. Juli waren von dort technologisch begründete Zweifel an der zeitgerechten Durchführbarkeit, vor allem aber an der finanziellen Tragbarkeit des Projekts Jäger 90 laut geworden. Die Verdoppelung allein des deutschen Anteils an den Entwicklungskosten von 3,5 auf über sieben Milliarden DM und ein absehbarer Stückpreis („Gerätesystempreis“) pro Flugzeug von 100 Millionen DM ließen allmählich auch die finanziell stets großzügig kalkulierenden Rüstungsplaner Minister Wörners verstärkt nach preisgünstigeren Alternativen forschen.

Der Minister allerdings dementierte heftig: „Bei mir gibt es solche Überlegungen nicht“, sagte er in einem Interview - und ergänzte listig: „Wenn es bei dem engen Finanzrahmen bleibt, steht alles zur Disposition.“

Dabei steht längst fest: Es bleibt bei dem „engen Finanzrahmen“. Auch wenn Finanzminister Stoltenberg unter dem Druck der nun alarmierten Rüstungslobby nach der Sommerpause noch die eine oder andere Million nachlegt, sind die überzogenen Rüstungspläne des Verteidigungsministers nicht finanzierbar.

Das Fehlen von konkreten rüstungspolitischen Entscheidungen auf der Rüstungsklausur vom 7. Juli und die Tatsache, daß der seit Monaten überfällige Bundeswehrplan '88, der unter anderem die Grundlage für die Erstellung des Verteidigungshaushalts 1988 sein sollte, bis heute nicht vorliegt, sprechen eine deutliche Sprache. Auf der Hardthöhe herrscht Panik, ausgelöst durch planerisches Chaos. Wo auch immer nach konkreten und zuverlässigen Daten gefragt wird - Finanz-, Rüstungs-, Personalplanung, Bundeswehrstruktur der 90er Jahre, Reservistenkonzept und so weiter - überall nur vage Absichtserklärungen, illusionäre Wünsche, aber keine realistischen Vorgaben.

Die Sozialdemokraten bleiben bei ihrer Forderung, die Rüstungskosten zu senken, nicht - wie unter Beteiligung Minister Wörners in der NATO beschlossen - diese sogar noch zu erhöhen. Die anzustrebende konventionelle Stabilität zwischen Warschauer Pakt und NATO in Europa erfordert zu allererst im Westlichen Bündnis abgestimmte konzeptionelle Vorstellungen zur Entmilitarisierung der Sicherheitspolitik als Antwort auf die von Gorbatschow initiierten Vorschläge des Warschauer Pakts. Der Ruf nach mehr Geld für Waffen ist kein Ersatz für eine fehlende Rüstungskontrollpolitik.

(-/14.7.1987/rs/ks)

* * *



An den EG-Grenzen blieb alles beim alten

Trotz gegenteiliger Ankündigungen wird weiter umfassend kontrolliert

Von Dieter Rogalla MdEP
Binnenmarktpolitischer Sprecher der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament

Es gibt keinerlei Hinweise darauf, daß nach dem Ferienbeginn in Nordrhein-Westfalen am Donnerstag die Urlaubsreisenden an den Grenzen zu den EG-Nachbarländern reibungslos abgefertigt werden. Trotz vollmundiger Versprechen, die Grenzkontrollen abzubauen, ist an den Grenzen alles beim alten geblieben.

Im Juli 1984 kamen die ersten Ankündigungen, es würde anders werden. Drei Jahre später hat sich am baulichen Zustand der Autobahnübergänge und der Kontrollmentalität der Grenzkontrollbeamten von oben bis unten buchstäblich aber auch kein Jota geändert. Die derzeitige Praxis verstößt überdies eindeutig gegen europäisches Gemeinschaftsrecht, das den Abbau aller Hindernisse für den freien Personenverkehr zwischen den Mitgliedstaaten vorsieht.

Der bauliche Zustand der wichtigsten deutschen Grenzabfertigungsstellen zu den westlichen Nachbarn läßt vermuten, daß Bundesfinanzminister Stoltenberg in trauter Zweisamkeit mit Bundesinnenminister Zimmermann die notwendigen Umbaumaßnahmen für einen flüssigen Verkehr über die Grenzen verhindert. Selbst am Grenzübergang Aachen-Lichtenbusch, der bereits seit Jahren über eine „schnelle Spur“ nach dem Beispiel der grenzüberschreitenden niederländisch-belgisch-luxemburgischen Autobahnen verfügt, bleibt die flotte Fahrt, EG-Normalbürgern verwehrt. Diesen Vorzug genießen allenfalls Militärkolonnen.

Die Ankündigung des Europa-Staatssekretärs im Kanzleramt, Waldemar Schreckenberger, bis 1990 werde es zu einer Verringerung der Grenzkontrollen in der EG kommen, ist als „Ankündigungspolitik und durchsichtiger Ferien-Optimismus“ zu bewerten. Die Urlaubstouristen wollten die EG-Binnengrenzen endlich ohne Halt passieren und nicht wissen, wie lange die Erleichterungen noch auf sich warten lassen. Nach all den schönen Worten glaubt sowieso kaum noch einer an diese bunten Luftballons.

Ich werde mit meinen Aachener Europa-Parlaments-Kollegen Dieter Schinzel (SPD) und Kurt Malangre (CDU), der auch Oberbürgermeister Aachens ist, gemeinsam mit Mitgliedern der Europaunion am Tag des Ferienbeginns, also dem 16. Juli, am deutsch-belgischen Autobahn-Grenzübergang Aachen-Lichtenbusch prüfen, ob die Grenzbehörden den Ansturm von Urlaubsreisenden bürgernah, ohne daß Fahrzeuge anhalten müssen und ohne Staus, bewältigen. (-/14.7.1987/rs/ks)

* * *



DOKUMENTATION

„... im Auftrag des Ministerpräsidenten höchstes Lob und Anerkennung“

Wie Lafontaine mit der FDP-Forderung nach einer TV-Diskussion umging

Der Landesvorsitzende der FDP-Saar, Rehberger, hatte den Landesvorsitzenden der SPD-Saar, Ministerpräsident Oskar Lafontaine, zu einer öffentlichen Fernsehdiskussion der drei im Saar-Landtag vertretenen Parteien aufgefordert. In Beantwortung eines entsprechenden Rehberger-Briefes hat der Sprecher des Landesvorstandes der SPD-Saar, Burghard Schneider, am 13. Juli ein Schreiben an den FDP-Landesvorsitzenden gerichtet, das nicht frei von Ironie ist. Wortlaut:

„Sehr geehrter Herr Dr. Rehberger, der Landesvorsitzende der SPD-Saar, Ministerpräsident Oskar Lafontaine, hat mich gebeten, Ihr heute verfaßtes und veröffentlichtes Schreiben zu beantworten.

Sie schlagen darin eine Fernsehdiskussion der Landesvorsitzenden der im saarländischen Landtag vertretenen Parteien über die Weiterentwicklung unseres Landes vor. Ich weise Sie darauf hin, daß solche Diskussionen, die auch in ausreichender Form von Fernsehen und Rundfunk übertragen worden sind, in vielen Landtagsdebatten seit dem Regierungswechsel '85 geführt worden sind. Herr Jacoby und Sie hatten vielfältige Gelegenheiten, vor den Fernsehkameras und den Rundfunkmikrofonen mit dem Ministerpräsidenten zu diskutieren. Dies wird auch in Zukunft so sein. Wieso Sie sich von einer Wiederauflage dieser Diskussion außerhalb des Landtages neue Perspektiven versprechen, ist mir so ohne weiteres nicht einsichtig.

Festgehalten zu werden verdient Ihre Schilderung der Leistungen der saarländischen Oppositionsparteien.

Sie schreiben, der Ministerpräsident habe dem Einsatz der saarländischen Oppositionsparteien in Bonn die Entschuldung von Saarstahl zu verdanken. Wie das, sehr geehrter Herr Dr. Rehberger, wo es doch die Entschuldung von Saarstahl noch gar nicht gibt?

Sie schreiben, der Ministerpräsident habe den saarländischen Oppositionsparteien die Verstaatlichung von Saarstahl zu verdanken. Hier erweisen Sie sich als ein unerhört listiger und fintenreicher Politiker, der in der Zeit seines Aufenthaltes an der Saar nicht müde wurde, die Verstaatlichung von Saarstahl als lebensgefährlich für das Unternehmen zu geißeln - und dies, wie wir jetzt von Ihnen erfahren, nur in der heimlichen Absicht, sie endgültig in Bonn durchzusetzen. Ich bin sicher, daß ich Ihnen hier, auch im Auftrag des Ministerpräsidenten, höchstes Lob und Anerkennung zollen darf.

Sie schreiben, die Sonderprogramme des Bundes zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in den Montanregionen habe der Ministerpräsident dem Einsatz der saarländischen Oppositionsparteien zu danken. Ich erlaube mir den Hinweis, daß Programme zur regionalen Wirtschaftsförderung nicht dem Ministerpräsidenten zugute kommen, sondern den betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Gleichwohl werden sich Bundesregierung, die Mehrheit des Bundestages und des Bundesrates, die Stahlindustrie und die Gewerkschaften die Augen reiben, wenn sie feststellen, wem sie das Sonderprogramm des Bundes zu verdanken haben. Hinsichtlich der Beurteilung der bisherigen Auswirkungen des Sonderprogramms verweise ich Sie auf die Ausführungen der Bayerischen Staatsregierung.

Sie schreiben, daß der Ministerpräsident den Oppositionsparteien einen für das Saarland relativ günstigen Entwurf des Gesetzes über den Länderfinanzausgleich zu verdanken habe. Wie das, wenn Sie doch kürzlich den Ministerpräsidenten dafür verantwortlich gemacht haben, daß der Entwurf nach dem Durchgang im Finanzausschuß des Bundesrates so ungünstig sei?

Dieses Schreiben, sehr geehrter Herr Dr. Rehberger, ist Beweis dafür, daß Sie für die Saar-Politik zu einer wirklichen Bereicherung geworden sind. In diesem Sinne danke ich Ihnen im Auftrag des SPD-Landesvorsitzenden für Ihre Bereitschaft, mit ihm vor den Fernsehkameras zu diskutieren. Er wird sicherlich im Laufe der nächsten Landtagssitzungen auf Ihr Angebot zurückkommen, da er Ihre Auffassung teilt, daß man sich solchen Diskussionen nicht verweigern sollte, da die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes einen Anspruch darauf haben, in dieser direkten und umfassenden Form die Standpunkte der saarländischen Parteien zu den Lebensfragen unseres Landes zu erfahren.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Burghard Schneider
Sprecher des Landesvorstandes der SPD-Saar.“

(-/14.7.1987/rs/ks)

* * *

